

Bürgerentscheid soll alles klären

Hornow-Wadelsdorf Hornow-Wadelsdorf windet sich weiter zwischen der Amtsverwaltung Döbern-Land und der Stadt Spremberg. Drei Jahre ist es her, dass die Mehrheit der Gemeindevertreter der Eigenständigkeit wegen Spremberg abblitzen ließ. In dieser Woche entschied sich eine andere Gemeindevertretung mit jüngeren Gesichtern für eine Kontaktaufnahme mit Spremberg.



Zahlen und Fakten wollen sechs der acht Abgeordneten aus der Stadt haben - von den Grundsteuern und Gewerbesteuererinnahmen über die finanzielle Unterstützung, die Vereine erwarten dürfen, bis zur Familienfreundlichkeit. Günter Quander (parteilos), Amtsdirektor in Döbern-Land, legt enttäuscht die Beschlussvorlage ad acta. Er sei überrascht von diesem Tagesordnungspunkt und verstehe die »panische Hast« nicht. Im Koalitionsvertrag der rot-roten Landesregierung komme eine neue Gemeindegebietsreform nicht vor. Für das neue Finanzausgleichsgesetz sei die Belohnung für freiwillige Zusammenschlüsse zwar ein Passus. Aber Gesetz sei das noch nicht, nur Entwurf. »Das ist unkollegial gegenüber den anderen Gemeinden im Amt«, sagt Quander und verweist auf die Grundschule Wadelsdorf. Für sie will er nach Potsdam fahren, um einen neuen Fördermitteltopf für den Erweiterungsbau, den diese Grundschule dringend braucht, zu finden. Doch warum solle er jetzt kämpfen, »wenn ich weiß, dass Hornow-Wadelsdorf in zwei Jahren nach Spremberg geht«?

Ob nach Spremberg gegangen wird, das sollen erst die Bürger entscheiden, sagt Bürgermeisterin Antoinette Leesker (Für Hornow-Wadelsdorf). Auch für sie stehe fest: »Schule muss sein, Kita muss sein. Sie halten das Dorf zusammen und die Kinder im Ort.« Es sei schlimm, dass es bisher nicht geschafft wurde, die Bedingungen in der Schule zu verbessern. Doch mit dem Grundsatzbeschluss zur Kontaktaufnahme mit Spremberg wolle sie ein anderes Problem in ihrer Gemeinde lösen: »Es gibt ein Pro und Kontra darüber, ob wir im Amt Döbern-Land bleiben sollen.« Wenn die angedachte Kopfprämie für freiwillige Zusammenschlüsse Realität wird, sei ein Bürgerentscheid erforderlich, sagt die Bürgermeisterin. »Das möchte ich so gründlich wie möglich vorbereiten. Die Bürger sollen nur wissen, wozu sie Ja oder Nein sagen. Will die Mehrheit in Döbern-Land bleiben, ist das zu akzeptieren.« Gegen die Kontaktaufnahme stimmte Lothar Hendrischk, Annett Zeuner (beide SPD) enthielt sich.

Von Annett Igel